

Auszug aus der Niederschrift über die 09. Sitzung der Bürgerschaft am 18.11.2021

Zu TOP : 7.6

zur Situation am Strandbad

Einreicher: Dr. Heike Carstensen, SPD-Fraktion

Vorlage: kAF 0131/2021

Anfrage:

1. Wie viele Polizeieinsätze am Strandbad waren in diesem Jahr nötig und aus welchen Gründen?
2. Wie beurteilt die Verwaltung die diesbezügliche Situation am Strandbad?
3. Welche Maßnahmen gedenkt die Stadt zu unternehmen, um die Situation zu verbessern?

Die Anfrage beantwortet Herr Tanschus wie folgt:

Zu 1.

Es kam in diesem Kalenderjahr bisher zu 58 Einsätzen der Polizei am Strandbad. 17 Einsätze dienten der reinen Gefahrenabwehr. Bei 39 Einsätzen wurden Straftaten festgestellt bzw. aufgenommen. Die häufigsten Straftaten waren Diebstähle, Sachbeschädigungen, Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, Körperverletzungen und gefährliche Körperverletzungen.

Bei zwei Einsätzen wurden Ordnungswidrigkeitenanzeigen aufgenommen.

Zu 2.

Die Verwaltung erkennt den Wunsch junger Menschen sich zu treffen und gemeinsam zu feiern an und sieht die Notwendigkeit, geeignete Orte dafür vorzusehen.

Allerdings werden die Partys am Strandbad mit Sorge betrachtet, da es dort wiederholt zu Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz sowie zu strafrechtlichen Handlungen gekommen ist.

Zu 3.

Im Rahmen der Coronapandemie und der damit verbundenen Schließung aller Clubs und Diskotheken kam es nicht nur in der Hansestadt zu einer Verlagerung entsprechender privater Feiern in den öffentlichen Raum. Diesen Bedarf, insbesondere auch für die Gruppe der u18- und u16jährigen, hat der Oberbürgermeister erkannt und setzt sich dafür ein, entsprechende Angebote zum Feiern wieder zu schaffen.

Zur Verbesserung der Situation direkt im Strandbad gab es bereits erste Abstimmungen zwischen dem Ordnungsamt, der Polizei, dem Amt für Schule und Sport, dem Amt für Planung und Bau, dem Amt für stadtwirtschaftliche Dienste, der SIC GmbH als Betreiber des Strandbades und dem Jugendamt des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Im Ergebnis der Beratung wird derzeit die Verbesserung der Beleuchtung im Strandbereich geprüft. Für alle weiteren Lösungsansätze benötigt die Hansestadt die Unterstützung des für die Jugendplanung und Jugendarbeit zuständigen Jugendamtes des Landkreises und entsprechender Träger in der Hansestadt. Sinnvoll ist sicherlich die Schaffung eines sicheren

Anlaufpunktes im Strandbad für die Jugendlichen an den Wochenenden. Aber auch die Präventionsprojekte in den Schulen müssen nach den Einschränkungen, welche die letzten zwei Jahre mit sich gebracht haben, wieder intensiviert werden. Hierzu sind aber noch weitere konkretisierende Abstimmungen zwischen den Beteiligten erforderlich. Um dies zu unterstützen hat sich der Oberbürgermeister mit einem Schreiben an die zuständige Beigeordnete des Landkreises Vorpommern-Rügen gewandt.

Frau Dr. Carstensen hat keine Nachfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. Jan Kuhn

Stralsund, 13.12.2021